



2.3 Entscheidungsarchitektur und Modellabhängigkeit

Posted on Februar 24, 2026 by Redaktion-AnalyseTeam

Wie Prognosen politische Realität formen

1. Vom Befund zur Projektion

Während 2.2 zeigte, wie aus einem Laborwert eine juristische Steuerungsgröße wurde, stellt sich nun die nächste Frage:

Wer definierte die Schwellen, nach denen gehandelt wurde – und auf welcher Grundlage?

Im Frühjahr 2020 standen politische Entscheidungsträger vor einem Problem: Die verfügbaren Daten beschrieben eine Gegenwart mit Unsicherheiten. Politisches Handeln jedoch zielte auf die Zukunft.

Damit verschob sich der Fokus von Befunden zu Prognosen.



2. Die Rolle epidemiologischer Modelle

Zentrale politische Maßnahmen stützten sich auf mathematische Modellierungen. Diese Modelle berechneten mögliche Szenarien unter Annahmen zu:

- Reproduktionszahl (R-Wert)
- Infektionssterblichkeit (IFR)
- Kontaktverhalten
- Mobilität
- Intensivkapazitäten

Modelle sind keine Vorhersagen, sondern:

strukturierte Wenn-Dann-Annahmen.

Kleine Änderungen in den Parametern konnten große Unterschiede im Ergebnis erzeugen.

Politisch handlungsleitend war häufig nicht die gesamte Bandbreite möglicher Szenarien, sondern das jeweils als plausibel bewertete Hochrisiko-Szenario.

3. Die Logik des Worst-Case

Die politische Kommunikation orientierte sich häufig am Risikoszenario mit maximaler Systembelastung.

Das ist in Notlagen rational nachvollziehbar.
Gleichzeitig entsteht dadurch eine Verschiebung:

- Prognosen mit hoher Unsicherheit können normative Kraft erhalten, wenn politische Schwellenwerte direkt an sie gekoppelt werden.
- Abweichende Modellannahmen werden als Risiko dargestellt.

Damit kann sich ein Entscheidungsmodus etablieren, in dem nicht das



wahrscheinlichste Szenario handlungsleitend ist, sondern das potenziell schwerwiegendste.

4. Expertengremien und Entscheidungswege

In vielen Ländern wurden neue Beratungsgremien gebildet oder bestehende Gremien aufgewertet.

Charakteristisch war:

- Konzentration auf wenige beratende Institute
- hohe mediale Sichtbarkeit einzelner Experten
- begrenzte Transparenz alternativer wissenschaftlicher Einschätzungen

Politische Entscheidungen blieben formal parlamentarisch legitimiert. Faktisch jedoch verlagerte sich das Gewicht der Debatte in exekutive Strukturen.

5. Modellabhängigkeit als Strukturphänomen

Die Abhängigkeit von Prognosemodellen führte zu einer Besonderheit:

- Politik reagierte nicht auf sichtbare Realität,
- sondern auf berechnete Zukunft.

Das verändert Entscheidungslogik.

Wenn Maßnahmen mit der Begründung eingeführt werden, eine modellierte Eskalation zu verhindern, kann ihr Erfolg nie direkt überprüft werden:

- Tritt das Szenario nicht ein, gilt die Maßnahme als erfolgreich.
- Tritt es ein, gilt sie als unzureichend.

Diese Asymmetrie erzeugt einen Stabilisierungseffekt zugunsten restriktiver Maßnahmen.



6. Strukturelle Verschiebung

Die Kombination aus:

- PCR-basierter Fallzählung (2.2)
- modellgestützter Zukunftsprojektion
- und politisch definierten Schwellenwerten

führte zu einer Entscheidungsarchitektur, in der technische Parameter und Prognoseannahmen unmittelbar rechtliche Folgen auslösten.

Damit entstand ein Mechanismus, der unabhängig von individuellen Motiven strukturelle Selektionswirkungen entfalten konnte.

- Wer mobil ist, verliert Bewegungsfreiheit.
- Wer nicht impfbereit ist, verliert Teilhabe.
- Wer wirtschaftlich schwach ist, trägt überproportionale Lasten.

Ob diese Effekte unvermeidlich waren oder durch alternative Entscheidungsarchitekturen hätten gemildert werden können, ist keine moralische Zuschreibung, sondern eine strukturelle Prüfungsfrage.
